



SPD kritisiert Neuausrichtung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

SPD kritisiert Neuausrichtung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik
Zur Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion "Paradigmenwechsel im Konzept zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Amtes vom September 2011" erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion im Unterausschuss Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik Ulla Schmidt:
Die Begründung der Bundesregierung, warum die Ausrichtung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) geändert werden muss, überzeugt nicht. Sicherlich müssen Schwerpunkte und Instrumente der AKBP regelmäßig überprüft werden. Die globale Situation hat sich im vergangenen Jahrzehnt rasant verändert. Gleichwohl müssen grundsätzliche Ziele und Werte unserer Außenpolitik auch in der AKBP Bestand haben. Es sind die an Dialog, offenem Austausch und Vertrauen orientierten Ziele der AKBP, die diese zur dritten Säule der deutschen Außenpolitik gemacht haben. Mit dem im September 2011 veröffentlichten neuen Konzept zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gibt die Bundesregierung völlig falsche Antworten auf die immensen außenpolitischen Herausforderungen. Die Fokussierung auf das Konzept von "cultural diplomacy", einer Außenkulturpolitik also, die sich den politischen Zielen und Interessen Deutschlands orientiert, ist eine verkürzte Antwort auf die immensen globalen Herausforderungen. Das wichtigste Kapital deutscher Außenpolitik, Glaubwürdigkeit, darf nicht dem alleinigen Zweck untergeordnet werden, was Deutschland direkt nützt. Auf viele der in unserer Großen Anfrage gestellten Fragen antwortet die Bundesregierung unzureichend. Unklar bleibt auch weiterhin das Verständnis von AKBP, welches für die Bundesregierung bei der Neukonzeption leitend war. Der Begriff "cultural diplomacy" wird offenkundig völlig unreflektiert verwendet. Bezeichnend ist auch, dass Mittlerorganisationen der AKBP an der Erarbeitung der Neukonzeption nicht beteiligt waren, sondern lediglich "über wesentliche Eckpunkte (?) unterrichtet" wurden und jetzt mit der Umsetzung betraut werden. Nur so ist zu erklären, dass die Bundesregierung nicht beantworten kann, was genau die Bundesregierung in den von ihr genannten "neuen globalen Kraftzentren" plant. Die SPD wird die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zum Anlass einer Debatte im Deutschen Bundestag nehmen, um die mit der Neukonzeption verbundenen Fehleinschätzungen der Bundesregierung zur Bedeutung der AKBP aufzuzeigen.
SPD Bundesgeschäftsstelle
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin
Telefon: 030 25991 0
Telefax: 030 28090-507
URL: <http://www.spd.de>

Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)
Zukunftsgerecht in Europa
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....